

„Die Nummer eins soll den Kanzler stellen!“

FP-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache wettet gegen seine großen Rivalen bei der kommenden NR-Wahl – gegen den SP-Chef und den VP-Boss. Im Interview mit „DAS WIEN“ erklärt er, warum.

DAS WIEN: Herr FP-Obmann Strache, wer marschiert am 15. Oktober als Erster durchs Ziel?

Heinz-Christian Strache: Das weiß ich leider nicht. Aber die Chancen stehen gut, dass es diesmal nicht die SPÖ sein wird!

DW: Wie schätzen Sie die Chancen Ihrer Partei ein? Und ist die Zeit reif für einen Kanzler Strache?

HCS: Die FPÖ und ich sind bereit, Verantwortung für das Land zu übernehmen. Ob die Österreicher das wollen, wird sich am 15. Oktober zeigen.

DW: „Österreich zuerst!“ - wobei bitte?

HCS: Überall dort, wo Österreicher und die Österreicher derzeit ‚unter die Räder‘ kommen! Wir brauchen mehr Fairness für die eigenen Leute in diesem Land. Das beginnt bei den Sozialleistungen, geht über den Arbeitsmarkt bis hin zur Sicherheitspolitik! ‚Österreich zuerst!‘ sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

DW: Wie gefällt Ihnen die Bezeichnung Rechtspopulist?

HCS: Das ist ein politisches und journalistisches Schlagwort ohne jeden Hintergrund. Kein Mensch sonst verwendet diesen Ausdruck. Es gibt im Übrigen keine einheitliche Definition des Begriffs des ‚Populismus‘. Und mir ist es eigentlich egal, ob ich von irgendwelchen Journalisten und selbsternannten ‚Experten‘ so bezeichnet werde.

DW: Ein Wort zu Kern?

HCS: Steht ein Jahr nach Übernahme der Kanzlerschaft vor einem selbstverschuldeten Scherbenhaufen! Ein maßlos überschätzter und gescheiterter Quereinsteiger.

DW: ...zu Kurz?

HCS: Ein Politiker ohne Eigenschaften dafür mit einem Hang zum Kopieren. Auch seine Sanduhr läuft gerade ab.

DW: VP-Chef Kurz sammelt Promis für seine Liste. Kürzlich präsentierte er den Haider-Vertrauten, Ex-RH-Präsidenten und Ex-FP-Klubdirektor Moser. Ärgert Sie das?

HCS: Nein. Er ist eben ein Aufputz der ÖVP geworden. Man muss kein Hellseher sein, um jetzt bereits sagen zu können, dass es auch für Moser ein böses Erwachen in den Fängen einer hinter der neuen Fassade unreformierbaren ÖVP geben wird.

DW: Kritiker werfen Kurz vor, dass er Sie kopieren will, etwa in der Flüchtlingsfrage...

HCS: Kurz hat 2014 mehr Willkommenskultur von den Österreichern eingefordert (12.11.2014). Er hat den durchschnittlichen Zuwanderer als gebildeter als den durchschnittlichen Österreicher bezeichnet (3.4.2015). War 2015 bei der Grenzöffnung an vorderster Front. Und jetzt plötzlich ist er klüger geworden? Seine neueste Kehrtwende könnten auch etwas mit der Nationalratswahl zu tun haben...



Ansage. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ist bereit Verantwortung zu übernehmen

DW: Gibt es bereits Absprachen mit der VP über eine künftige Koalition?

HCS: Nein!

DW: Wenn Kern scheitern sollte - rechnen Sie mit Rot-Schwarz unter dem jetzigen Verteidigungsminister?

HCS: Ich rechne mit einer Fortsetzung der SPÖ-ÖVP Koalition. Wenn es sich nicht ausgeben sollte, dann werden die Grünen sicher gerne den ‚billigen Jakob‘ geben. Das jetzige Gewitter zwischen ÖVP und SPÖ ist nur Theaterdonner.

DW: Haben die Kammern mit ihrer Zwangsmitgliedschaft ausgedient?

HCS: Zwangsmitgliedschaften

widersprechen diametral freiheitlichen Grundsätzen. Wir wollen die Österreicher dazu mittels Volksabstimmung über die Zwangsmitgliedschaft abstimmen lassen.

DW: Die Wiener WK hat, unabhängig von den Sanktionen, Präsident Putin verspottet...

HCS: Dümmer geht es wohl nimmer! Als neutrales Land sollten wir diesen Vorteil ausspielen und als Vermittler zwischen West und Ost auftreten. Österreich sollte auch ein Vorkämpfer für das Ende der dummen Russlandsanktionen sein. Das würde auch unserer Wirtschaft gut tun.

DW: Sie fordern eine Zusammenlegung der Kassen?

HCS: Ich fordere seit dem Jahr 2005 eine Zusammenlegung der Kassen, weil sich hier ein richtiger Moloch gebildet hat, der durch die Beitragszahler mitfinanziert werden muss. Niemand kann ernsthaft argumentieren, warum wir in Österreich 22 Sozialversicherungsträger benötigen. Das enorme Einsparungspotential könnte direkt ins Gesundheitssystem fließen.

DW: Warum gibt es immer wieder Äusserungen von FP-Mandataren, die schlicht unakzeptabel sind?

HCS: Gegenfrage: Warum werden immer vor Wahlen irgendwelche Aussagen in einen völlig falschen Zusammenhang gestellt, um dann gegen die FPÖ polemisieren zu können? Ich kenne diese Spielchen seit den 1980er Jahren. Diese Faschismuskeule wird doch ganz gezielt eingesetzt und hat noch nie funktioniert.

DW: Sie wollen, wenn die FP bei der Wahl den zweiten Platz erreicht, den Dritten nicht zur Kanzlerpartei verhelfen?

HCS: Das werde ich mit Sicherheit nicht machen. Die Nummer eins soll den Kanzler stellen.

DW: Ein Wort zu den Doppelstaatsbürgerschaften...

HCS: Die Rechtslage ist klar: Doppelstaatsbürgerschaften sind in Österreich – mit ganz wenigen Ausnahmen – nicht zulässig. Wer sich trotzdem um eine zweite Staatsbürgerschaft bemüht und somit die österreichischen Behörden täuscht, der verliert ex lege die österreichische Staatsbürgerschaft. Nachdem es viele Hinweise auf illegale Doppelstaatsbürgerschaften bei der türkischen Community gibt, ist hier genauestens zu prüfen.

DW: Wollen Sie als Politiker in Pension gehen? Und ja, wie sicher sind die Pensionen?

HCS: Das ist nicht meine Lebensplanung. Im Unterschied zum einen oder anderen Mitbewerber habe ich einen erlernten Beruf.

Was die Pensionen betrifft, so liegt es auch an den künftigen Regierungen die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass die Pensionen auch in Zukunft gesichert sein werden. Wenn wir uns in Zukunft weiterhin zusätzliche Kosten durch ungesteuerte Massenzuwanderung ins Sozialsystem aufhalsen, dann wird auch auf Sicht die Frage nach der Finanzierbarkeit der Pensionen gestellt werden müssen.

DW: Wie wollen Sie unser Bildungssystem verbessern?

HCS: Das österreichische Bildungssystem wurde durch ideologisch motivierte ‚Reformen‘ in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive kaputt gemacht. Zuletzt hat man mit dem Versuch der Implementierung der Gesamtschule einen weiteren Anschlag auf die Bildungseinrichtungen unternommen. Die FPÖ steht weiterhin zum differenzierten Schulsystem, wobei ein Grundschlüssel die gemeinsame Sprache ist. Wenn in Ballungszentren ein Gutteil der Pflichtschüler der deutschen Sprache nur unzureichend mächtig ist, dann braucht niemand zu erwarten, dass hier großartige Leistungen erbracht werden können. Hier gilt es den Hebel anzusetzen.

DW: Ist die Causa Abfangjäger aufgearbeitet?

HCS: Es gab zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse zu diesem Thema und trotz wildester Verschwörungstheorien von allen möglichen Seiten, hat bis zum heutigen Tag keine Anklage stattgefunden. Demensprechend muss man davon ausgehen, dass hier nicht allzu viel aufzuarbeiten war. Ob man mit der Entscheidung zum Ankauf zufrieden ist oder nicht, ist eine andere Frage.

DW: Ein Wort zu D. Trump?

HCS: US-Präsident

DW: Zum türkischen Präsidenten Erdogan? Zu Nordkorea?

HCS: Erdogan versucht in der Region die Vormachstellung zu



erreichen. Zudem agiert er mit totalitären Methoden, versucht nach Europa hineinzuregieren, lässt Oppositionelle verhaften und verfolgt Kurden – unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung – mit brutalsten Methoden. So jemand kann kein europäischer Partner sein.

Nordkorea ist ein stalinistischer Staat, der mittels Atomwaffenprogramm Muskeln zeigen möchte. Starke Worte gegen das Regime in Pjöngjang sind einfach – sinnvoller wäre es an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um einen Ausgleich zu finden. Das ist allemal besser als hunderttausende Tote zu riskieren.

DW: Wie stehen Sie zur Ehe gleichgeschlechtlicher Partner?

HCS: Die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare gibt es längst. Es ist aber ein Unterschied, ob aus einer zwischenmenschlichen Verbindung Kinder hervorgehen oder nicht. Demensprechend bin ich für die Beibehaltung des derzeitigen Systems.

DW: Warum soll man H.C. Strache wählen?

HCS: Weil nur mit der FPÖ eine Fortsetzung der SPÖ-ÖVP Koalition verhindert werden kann. Dieses Land ist zwischen Rot und Schwarz aufgeteilt. Diesen Zustand möchte ich nachhaltig verändern und den Österreichern mehr Chancen und Fairness zurückgeben.